

WIR

in der Städteregion Aachen

Mit den Menschen - für die Menschen

Zeitung der Fraktionen
und des Kreisverbandes DIE LINKE
in der Städteregion Aachen

Aus den Kommunen
Demokratie hier und jetzt
SEITE 2

Beilage Kreisverband DIE LINKE
Städteregion Aachen
SEITE 6/7

Nr. 1 - Februar 2011
1. Jahrgang



100 Jahre Internationaler Frauentag am 8. März

Als 1911 der Internationale Frauentag in Kopenhagen auf dem Kongress der Sozialistischen Frauen-Internationale auf Vorschlag von Clara Zetkin beschlossen wurde, standen der Kampf um Gleichberechtigung, Wahl- und Stimmrecht für Frauen, Frieden und Frauenerwerbsarbeit, Arbeitsschutzgesetze, ausreichenden Mutter- und Kinderschutz, den Achtstundentag, gleichen Lohn bei gleicher Arbeitsleistung, Mindestlöhne auf der Agenda der engagierten Frauen. Millionen Frauen in Dänemark, Deutschland, Österreich, der Schweiz und den USA gingen für diese Forderungen auf die Straße. „Nicht wie das Veilchen im Moose“... „Brot und Rosen“ forderten die streikenden Textilarbeiterinnen in USA vor 100 Jahren.

weiter Seite 7

Schöne Bescherung

oder

Wie man Menschen zwingt ihre Arbeitskraft billigst zu verkaufen

Es begab sich aber zu der Zeit, dass, nachdem sie den Zockern hunderte Milliarden Euro in den gierigen Rachen geworfen hatte, ein Gebot von der Kanzlerin Merkel ausging, zum Heiligen Fest der Liebe anno Weihnacht 2010 die frohe Botschaft zu verkünden, dass ab

sofort niemand mehr zu darben brauche, weil die Regierung das Füllhorn ihrer christlichen Nächstenliebe nun über Millionen Menschen ausschütten werde, um sie endgültig von Armut zu befreien.

weiter auf Seite 4 **Meinung** von Django Schins



©Dariusz Dunker

Empört Euch!

"Empört Euch" ist der Titel einer Kampfschrift des 93-jährigen französischen Schriftstellers Stéphane Hessel (einziger lebender Verfasser der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte). Es ist

ein aufrüttelndes Manifest für Zivilcourage, für soziale Gerechtigkeit und gegen Krieg. Das 30-seitige Manifest wurde in Frankreich mehr als 900.000 mal verkauft und muss immer wieder nachgedruckt werden. Während sich in Deutschland Thilo Sarrazins rassistische und sozialdarwinistische Thesen großer medialer Beliebtheit erfreuen, fordert die erfolgreichste französische Schrift der letzten Zeit genau das Gegenteil ein: Den Einsatz für sozial benachteiligte Gruppen und die Zivilcourage gegen die Mächtigen (z.B. die internationalen Finanzmärkte). Auch in Deutschland hat es 2010 viel Empörung gegeben: Gegen ein sinnloses Milliardenprojekt der Deutschen Bahn in Stuttgart, während die Bahn in der Fläche verkommt, ge-

gen den Atomdeal der Bundesregierung, ausgehandelt mit den großen Energiekonzernen mit der Zusicherung jahrzehntelanger Extraprofite.

Es gibt auch 2011 viele Gründe sich zu empören: Gegen die skandalöse Behandlung der Hartz-IV-Empfänger, gegen einen ausufernden Niedriglohnsektor, der vor allem durch die Leiharbeit ausgedehnt wird, gegen die Zerschlagung der letzten Reste eines solidarischen Gesundheitssystems oder die wachsende Altersarmut durch Einführung der Rente mit 67.

Wer sich empört wird stark und engagiert, sagt Stéphane Hessel (Mitglied der Résistance). Auch DIE LINKE ist eine Partei der Empörung gegen Zustände, die nicht mehr als menschenwürdig bezeichnet werden können, ob in Aachen, in Düsseldorf, in Berlin oder auf europäischer Ebene.

Andrej Hunko, Mitglied des Bundestags

Jetzt auch online
www.wir-online.org

Sozialticket kommt verspätet Jobcenter verhindert kundenfreundliche Regelung



©Andreas Müller

Eigentlich sollten Arbeitssuchende längst damit unterwegs sein. „Sozialticket kommt - Am 1.1.2011 geht es los“. So stand es in der letzten WIR. So hatte es die Politik in Aachen und in der Städteregion beschlossen. Der Aachener Verkehrsverbund (AVV) machte sich an die Umsetzung des Beschlusses - und wurde von der ARGE ausgebremst!

Die Hartz-IV-Behörde weigert sich beharrlich, bei der Umsetzung mitzuwirken. Das ist höchst ärgerlich, denn nur mit Hilfe der ARGE wäre ein kundenfreundlicher Vertrieb der preisreduzierten Monatskarte möglich. Das heißt: Die ARGE hätte allen Arbeitssuchenden, die das wünschen, das Ticket per Post zuschicken können. Stattdessen wird das

Jobcenter der Städteregion als ARGE-Nachfolgerin nun lediglich einen Berechtigungsschein ausstellen. Damit müssen Arbeitssuchende zu einer Fahrkartenverkaufsstelle des AVV latschen und sich dort als arbeitslos „outen“, um dann durch Vorlage des Scheins ihr Sozialticket zu bekommen, und das wahrscheinlich Monat für Monat. Denn im Abonnement soll es die neue Monatskarte nicht geben.

Das Jobcenter verschanzt sich hinter juristischen Argumenten. Wie seltsam: Im Kreis Düren ist die Zusendung des Tickets durch die Sozialbehörde kein Problem!

Im Kreis Düren stimmt auch der Preis. Ganze EUR 15,- kostet das Sozialticket dort und wird so seinem Anspruch gerecht. In der Städteregion wird die Monatskarte EUR 29,80 kosten, also fast das Doppelte! Und es gilt erst ab neun

Uhr. Wer früher einen Termin hat, z.B. beim Jobcenter, für den ist das Ticket wertlos.

Immerhin: Nach jahrelangem Druck durch DIE LINKE will nun die neue Landesregierung Sozialtickets bezuschussen. Bald, erklärte jetzt AVV-Geschäftsführer Sistenich, könnte das Sozialticket billiger werden. Die Neun-Uhr-Grenze soll auch fallen, so die Versprechung des AVV.

DIE LINKE in Aachen und in der Städteregion bleibt dran. Wir haben das Sozialticket auf die Tagesordnung gesetzt, und wir geben nicht eher Ruhe, bis es für Menschen ohne Arbeit zu einem vertretbaren Preis und im Abonnement zu haben ist.

Andreas Müller

Fraktionsvorsitzender DIE LINKE. im Rat der Stadt Aachen

Demokratie hier und jetzt



Seit der Kommunalwahl im Herbst 2009 sitzt DIE LINKE mit einem Vertreter im Eschweiler Stadtrat. Welche Möglichkeiten bieten sich da zur politischen Arbeit, wenn man als Einzelvertreter nur begrenzten Spielraum hat?

Kommunalpolitik wird - jedenfalls in Lehrbüchern und Sonntagsreden - gern als ein Hort der Demokratie dargestellt. Denn in der Kommune, dort wo man lebt und sich auskennt, kann Demokratie direkt erlebt und gelebt werden, dort können die Einwohnerinnen und Einwohner konkret und kompetent ihr gemeinschaftliches Leben mitbestimmen.

Eine Möglichkeit bietet die Bürgersprechstunde, in der Meinungen und Standpunkte erörtert werden können, und in der bei Fragen oder Problemen mit Verwaltung und Behörden Hilfestellung gegeben werden kann. Zusätzlich bietet sie uns auch die Chance, näher an die Lebenswirklichkeit der Betroffenen zu gelangen, ja sogar die Betroffenen selbst zu Experten zu machen, um die politischen Entscheidungen nicht nur zu verstehen, sondern auch mitbestimmen zu können und zu wollen.

Außerdem bieten wir seit dem Herbst zeitgleich zur Bürgersprechstunde eine Sozialsprechstunde an, in der bei Fragen des SGB II (Hartz IV) und XII Unterstützung angeboten wird. Wir versuchen, bei vielen Fragen zu helfen, z.B. wie Bescheide zu verstehen sind, ob sie womöglich Fehler enthalten, an wen man sich wenden kann, usw. Dies ersetzt allerdings bei kniffligen Fällen keine Rechtsberatung, kann aber sicher

in den meisten Fragen erst mal Klarheit schaffen. Zur Seite stehen uns dabei ehrenamtliche Begleiter der Katholischen Arbeiterbewegung (KAB) Aachen. Die positive Resonanz lässt uns diesen Service auch 2011 weiter anbieten.

Unzureichende Kommunalfinanzen

"Ohne Moos nix los!" - das gilt in Zeiten knapper Kassen erst recht auch für die Kommunen. Haushaltsrechtliche und finanzpolitische Kenntnisse sind vor diesem Hintergrund nötiger denn je, um trotzdem ökologisch und sozial orientierte Politik umsetzen zu können. So ist es notwendig zu erfahren, inwieweit eine Unterfinanzierung durch Land und Bund tatsächlich vorhanden ist, weswegen wir im Frühjahr den Antrag auf Überprüfung dieses Defizits stellten. Eine detaillierte Aufstellung wird leider erst im Februar vorliegen. Eine vorläufige Überprüfung ergab aber schon eine Unterfinanzierung von mehreren Millionen Euro. Immer öfter werden diese Unterfinanzierungen per Gerichtsurteil erstritten, wie zuletzt für Wohnungskosten, Kitas und vieles mehr. Wir kämpfen dafür, dass auch in Eschweiler diese Schritte eingeleitet werden.

Die Kommune gilt historisch in Form der griechischen Polis als Wiege der Demokratie. Auch heute wird die Kommunalpolitik gerne als "Schule der Demokratie" bezeichnet. Doch die bewusste Beschneidung der finanziellen Mittel der Kommunen durch Land und Bund gefährdet die kommunale Selbstverwaltung und stellt das Rückgrat unserer Demokratie auf eine harte Probe. Vereine, die eine unschätzbare Jugendarbeit leisten oder eine öffentliche Bücherei, Spor-

teinrichtungen, kulturelle Veranstaltungen sind kein Luxus. Diese machen erst die Lebens- und Bildungsqualität einer Stadt aus. Wir können es uns aber nicht leisten, an unserer Zukunft, unseren Kindern, zu sparen.

Erste Schritte

So ist es wichtig, deutlich zu machen, dass die Kommunen eine andere Steuerpolitik brauchen. Sparen kann man nur, wenn etwas vorhanden ist was man zurück legen kann. Erfreulicherweise wurde die von uns eingebrachte Resolution zur Finanztransaktionssteuer, welche die Spekulationsgeschäfte besteuern soll und so den ungebändigten Kapitalismus an die Leine nimmt, mit Mehrheit im Stadtrat angenommen.

Im kommunalpolitischen Geschäft benötigt man sicher einen langen Atem, bis man Erfolg sieht. Es ist aber auch spannend, die Geschichte der Stadt mitbestimmen zu können. Es gibt also genug Gründe, sich zu engagieren und einzumischen. Vielleicht treffen wir uns auf einer der nächsten Bürgersprechstunden oder Sitzungen des Ortsverbandes Eschweiler. Demokratie ist erst gerecht, wenn alle mitmachen.

Ihr Einzelvertreter der Linken im Stadtrat Eschweiler
Albert Borchardt

Bürgersprechstunde/Sozialsprechstunde:

jeden 3. Montag im Monat von 15:30 bis 18:30
Rathaus Eschweiler, Raum 13

Sitzungen des OV Eschweiler:

jeden 1. Dienstag im Monat ab 18:30
Talbahnhof Eschweiler



WIR will Gesundheit für alle! Gesundheit ist keine Ware!

„Im Gesundheitswesen explodieren die Kosten, bald ist es unbezahlbar“ heißt es – ist aber eine dicke Lüge. Die Wahrheit sieht anders aus:

Der Anteil der Gesundheitsausgaben ist mit 10,3 % unseres Bruttoinlandsprodukts (BIP) in den letzten 30 Jahren nahezu unverändert geblieben. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP), also der Gesamtwert der jährlich im Inland erzeugten Güter und Dienstleistungen ist damit im Gleichschritt mit den Ausgaben für das Gesundheitswesen gewachsen.

Keine Kostenexplosion und dennoch...

- ▶ ständig steigende Krankenkassenbeiträge
- ▶ immer mehr Zuzahlungen bei Arznei-, Heil-, Verbands- und Hilfsmitteln
- ▶ Zuzahlungen bei Krankenhausaufenthalten und Reha-Maßnahmen
- ▶ Streichung der Kostenübernahme bei Sehhilfen, Zahnersatz, bei (u. U. wohnortfernen) Fahrten zur ambulanten Behandlung
- ▶ Praxisgebühr

Älter werdende Gesellschaft und medizintechnischer Fortschritt als Begründungen für die angebliche Kostenexplosion im Gesundheitswesen sind wissenschaftlich seit langem widerlegt.

Was läuft schief mit der Finanzierung im deutschen Gesundheitswesen?

Tatsache ist: Es fehlen Einnahmen durch die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit, den großen Niedriglohnbereich, die Billigarbeitsplätze, das Stagnieren der Lohnentwicklung hierzulande,

und durch das Einfrieren der Beiträge für Besserverdienende bei einer niedrigen Pflichtgrenze, was den Wechsel in die Privatversicherung erleichtert. Darüber hinaus ist der Arbeitgeberanteil auf 7,3% des Bruttolohns begrenzt. Dem Versicherten jedoch werden jetzt schon 8,2% vom Bruttolohn abgezogen. Erhöhungen sind angekündigt.

Wo die Kosten wirklich explodieren, das ist bei sogenannten neuen Medikamenten, die oft keinen Nutzen für Patienten bringen, aber Milliarden Euro in die Kassen der Pharmakonzerne, und durch die Korruption im Gesundheitssystem. Von den Milliarden, die der gesetzlichen Krankenversicherung angeblich fehlten, sind Milliardenbeträge für die umstrittene „Schweinegrippe“ und HPV-Impfung für junge Mädchen gegen Gebärmutterhalskrebs ausgegeben worden.

Durch ein undurchsichtiges gesetzliches von der Pharmaindustrie beeinflusstes Machwerk ist das mit Hilfe der Merkel-Regierung und ihres Gesundheitsministers Rösler (FDP), Chieflobbyist der Großverdienenden und privaten Krankenversicherungen, möglich geworden.

Vom Medikamentenhersteller durch „Pharmadrückerkolonnen“ bestochene Ärzte können hierzulande durch ihre Unterschrift auf Rezepten zigtausend Euro für ein fragwürdiges neues Medikament pro Patient pro Jahr aus dem Topf der Gesetzlichen Krankenkassen in die Taschen der Pharmaindustrie verschieben. Unter anderem wurde auch gegen Ärzte aus der Aachener Region von der Aachener Staatsanwaltschaft wegen Untreue ermittelt (Quelle: AZ/ AN 14.07.2009).

Zum Vergleich: Die Schweden kommen mit 2000 verschiedenen Medikamenten aus, die Niederländer mit 2600. In Deutschland sind 57 000 (!) Medikamente auf dem „Markt“!

Jeder Vierte bezahlt beim Arzt laut AN vom 09.12.2010 inzwischen „Zusatzleistungen“, sogenannte IGeL, aus eigener Tasche. Diese ‚Individuellen Gesundheitsleistungen‘ sind allerdings in der Regel weder medizinisch erforderlich noch zweckmäßig. Sie verteuern die Versorgung ohne Zugewinn für die Gesundheit. DIE LINKE kämpft für eine Solidarische Krankenversicherung, in die alle (auch Beamte, Abgeordnete, Selbstständige) einzahlen, dafür dass die Beitragsbemessungsgrenze für Besserverdienende aufgehoben wird (wer 10 x mehr verdient, soll auch 10 x mehr zahlen), dass alle Einkommensarten einbezogen werden (Kapitalerträge, Mieteinnahmen, Unternehmensgewinne) und dafür, dass Arbeitgeber und Erwerbstätige wieder paritätisch zur Finanzierung beitragen, also mit dem selben Beitragssatz in die gesetzliche Krankenversicherung einzahlen. Dann haben Arbeitgeber auch wieder ein Mitinteresse, Kostensteigerungen durch überteuerte Medikamente zu bremsen, sowie daran, dass die Belegschaft gesund bleibt.

Helga Ebel,

Sachkundige Bürgerin im Städteregionstag Aachen

Fortsetzung in der nächste Ausgabe von WIR:
Die nächste dicke Lüge

„Wer krank wird, hat ungesund gelebt. Jeder ist seines Glückes Schmied. Mit Zuzahlung wird die Eigenverantwortung gestärkt.“

Eine Ombudsstelle für die ARGE



Angefangen hatte es mit einem Ratsantrag der Fraktion DIE LINKE in Herzogenrath. Dort wurde im Februar 2010 die Ernennung eines Ombudsmannes für das dortige Jobcenter – die Niederlassung der ARGE – beantragt. Aus Zuständigkeitsgründen wurde die Angelegenheit an Städteregionsrat Etschenberg überwiesen, der es seinerseits an die Trägerversammlung der ARGE – die gleichmäßig aus Vertretern der Bundesagentur für Arbeit und der Kommunen besetzt ist, weiterleitete. Dort wurde der Antrag einhellig abgelehnt. Bevor allerdings über den Verlauf der Entwicklung weiter berichtet wird, soll deutlich gemacht werden, was ein Ombudsmann überhaupt ist und was er speziell im Bereich der Grundsicherung für Arbeitssuchende (Sozialgesetzbuch II oder besser bekannt als Hartz IV) überhaupt tun soll.

Was ist ein Ombudsmann? Ein "Ombudsmann" ist eine ursprünglich aus Schweden stammende Bezeichnung für eine Person, welche die Aufgabe eines unabhängigen und ehrenamtlich tätigen Schiedsmannes erfüllt. Er soll Streitfälle verhindern bzw. bei diesen schlichten und dies ohne großen bürokratischen Aufwand. Die Einrichtungen von Ombudsmännern bzw. Ombudsräten (mehrere Personen) erfolgte in den letzten Jahrzehnten auch in Deutschland sowohl im öffentlichen (z.B. bei der Korruptionsbekämpfung) als auch im nicht-öffentlichen Bereich. (z.B. bei Banken und Versicherungen). Bei ARGEN bzw. sogenannten Optionskommunen (dort obliegt die Grundsicherung ausschließlich den Kommunen) bestimmter Gemeinden wurden Ombudsleute bereits vor Jahren ernannt, so in Stadt und Kreis Offenbach, Jena, Duisburg oder zuletzt auch im Nachbarkreis Düren. Es gab bis 2007 sogar einen Hartz IV-Ombudsrat auf Bundesebene, der immerhin auf einige generelle Unzulänglichkeiten im System aufmerksam machte. Die bereits länger bestehenden Ombudsstellen berichten über eine hohe Inanspruchnahme und vor allem konnten sie den Betroffenen, die von falschen oder missverständlichen Bescheiden oder „Kommunikationsproblemen“ mit Sachbearbeitern berichteten, oftmals schnell und unbürokratisch helfen.

Was ist ein Ombudsmann?

Kommt die Ombudsstelle in der Städteregion? Nachdem die Idee einer Ombudsstelle in der Trägerversammlung der ARGE im Sommer „ge-

storben“ war, beantragte die linke Fraktion im Städteregionsrat eine solche Einrichtung. Für den zuständigen Sozialausschuss sah die Verwaltung eine Ablehnung unseres Antrages vor. Weder ARGE-Geschäftsführer Graaf noch Sozialdezernent Schabram konnten sich für die Idee erwärmen. Nicht gerechnet hatten sie allerdings mit dem Widerspruch von SPD, Grünen und CDU. Diese entdeckten, dass die Probleme, welche Hartz IV-Empfänger mit der ARGE haben, durch das bestehende Kundenreaktionsmanagement, das direkt der Geschäftsführung untersteht bzw. weisungsgebunden ist, nicht ausreichend behoben werden können. Auch das von Graaf und Schabram vorgebrachte Argument der zusätzlichen Bürokratie ist angesichts einer angestrebten ehrenamtlichen Position und des alltäglichen Verwaltungswahnsinns kaum nachvollziehbar. Jedenfalls hat die Fraktion DIE LINKE in den zuständigen Gremien einige hartnäckige Überzeugungsarbeit geleistet. So wird jetzt zumindest bis Mitte 2011 ernsthaft und am Beispiel der republikweit bestehenden Einrichtungen geprüft, ob die Ombudsstelle nicht doch ein wichtiges Instrument ist um Streitfälle mit dem Jobcenter Städteregion (Nachfolgerin der ARGE) im Vorfeld zu lösen, ehe es zu Widerspruchs- oder – meist langwierigen – Gerichtsverfahren vor dem Sozialgericht kommt.

Kommt die Ombudsstelle in der Städteregion?

Nachdem die Idee einer Ombudsstelle in der Trägerversammlung der ARGE im Sommer „ge-

Harald Siepmann,

Fraktion DIE LINKE im Städteregionsrat Aachen



Ihre Meinung ist uns wichtig!

eMail: wir-leserbriefe@dielinke-aachen.de
postalisch

Fraktion DIE LINKE im StädteRegionstag
Stichwort "Leserbrief"
Haus der Städteregion
Zollernstraße 16 | 52070 Aachen



Das Bürgerforum – Mehr Bürgerbeteiligung oder Augenwischerei?



Nach gut einem Jahr „Bürgerforum“ in der Stadt Aachen ist es Zeit, eine erste Bilanz zu ziehen.

CDU und GRÜNE dachten bei ihren Koalitionsverhandlungen in 2009 über neue Formen der Bürgerbeteiligung nach. Herausgekommen ist die Umwandlung des Bürger- und Beschwerdeausschusses in ein monatlich tagendes Bürgerforum, das zudem noch die Einwohnerfragestunden in den Sitzungen der Fachausschüsse ersetzt. Bereits vor der letzten Kommunalwahl hatten sich alle Fraktionen bis auf die LINKE auf eine Umgestaltung der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger verständigt.

Begründet wurde dies damit, dass die bisherigen Fragestunden in den Ausschüssen häufig zur Selbstdarstellung genutzt worden seien. Auch von „bestellten Fragern“, „Farce“ und „Kasperltheater“ war die Rede. Dass gerade Politiker sich über eine „Selbstdarstellung“ der Fragenden beschwerten, mutet doch etwas seltsam an, da das Leben von Politikern doch oft eine einzige Selbstdarstellung ist. Aber vielleicht will man ja auf dieses Alleinstellungs-

merkmal nicht verzichten. Und was ist mit den Begriffen „bestellte Frager“, „Farce“ und „Kasperltheater“ gemeint? Wenn Einwohnern und Einwohnerinnen dieser Stadt grundlegende politische Entwicklungen in Frage stellen und das Primat der Politik gegenüber Wirtschafts- und Lobbyinteressen, d. h. eine Politik für die Mehrheit der Menschen einfordern, so sollte man dies nicht mit einem Puppentheater vergleichen.

Fragestunden müssen wieder her!

Die Fraktion DIE LINKE im Aachener Stadtrat lehnt den Wegfall der Fragestunden in den Sitzungen der Fachausschüsse entschieden ab, da durch diese Entscheidung die Möglichkeiten der Einwohnerbeteiligung verringert worden sind. Dies hört man übrigens auch immer wieder von engagierten Bürgerinnen und Bürgern bei den Sitzungen des Bürgerforums. Während in den Fachausschüssen Fragen, Anregungen und Kritik auf die entsprechenden Fachpolitiker und Experten aus der Verwaltung trafen, ist das beim Bürgerforum eher selten der Fall. Darüber hinaus müssen letztlich aber auch die Möglichkeiten für die Bevölkerung, die Politik in der Kommune mitbestimmen zu können, erleichtert und erweitert werden, z.B. durch eine

Senkung der Hürden für Bürgerbegehren und –entscheide.

Kürzungspolitik dank Bürgerbeteiligung?

Nun haben CDU und GRÜNE angesichts der angestrebten Haushaltskonsolidierung und der damit verbundenen Kürzungsmaßnahmen eine Bürgerbeteiligung ins Spiel gebracht. So sollen die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Aachen eine im Internet vorgestellte Liste von Einnahme- und „Spar“vorschlägen bewerten und auch eigene Ideen einbringen können. Allerdings wird allein der Stadtrat entscheiden, welche Maßnahmen umgesetzt werden. Das hat mit einer wirklichen Bürgerbeteiligung, wie wir sie verstehen, nur wenig zu tun. Wir fordern dagegen die Einführung eines Bürgerhaushaltes, bei dem die Bürgerschaft wirklich Einfluss nehmen kann auf eine zentrale Frage kommunaler Politik: Wofür gibt es Geld und wofür nicht?

Unsere Fraktion im Aachener Stadtrat wird die weitere Entwicklung und Ausgestaltung des Bürgerforums und der Bürgerbeteiligung insgesamt kritisch begleiten.

Leo Deumens,

Sachkundiger Bürger im Rat der Stadt Aachen



Fortsetzung: *Schöne Bescherung oder Wie man Menschen zwingt ihre Arbeitskraft billigst zu verkaufen.*

Weil Ihre Regierung so stets der Gerechtigkeit verpflichtet ist, können Sie, liebe Hartz IV-Verwöhnte, nun ab Neujahr üppige 5 Euro mehr pro Monat erhoffen – auch wenn die Inflation diese längst schon auf-

fressen hat.

Mit 364 Euro – nein, nicht pro Woche, sondern pro Monat – sind Sie endlich nicht nur bar der nackten Sorgen um ihre bloße Existenz, sie können nun in ihrer reichlich bemessenen Freizeit sogar teilhaben an Kultur und Politik – und auch bedenkenlos solchen Ausschweifungen frönen, wie z.B. in freier Natur – beim Gratisspaziergehen und beim kostenlosen Inhalieren frischer Luft – herum tolen.

Wem schon das Wasser bis zum Hals steht, der soll wenigstens nicht ersticken!

Also sprach Ursula von der Leyen am 3.12.2010 im Bundestag voll der scheinheiligen Überzeugung, den Maßgaben des obersten deutschen Gerichtes gerecht worden zu sein.

Wie, 364 Euro reichen nicht für ein Leben in spätrömischer Dekadenz?

Da müssen Sie etwas falsch verstanden haben: Die Ministerin erhält 16.694,29 Euro im Monat für ihr selbstloses Wirken. Aber gemacht: Geradeaus wird sie Ihnen schon ver(k)leyern, dass das alles höchst gerecht ist.

Lügen heißt ab sofort leyn

Leye · 1: Noch am 14.2.2010 hatte die Ministerin der Bild am Sonntag gesagt, dass nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes die Regelleistungen insbesondere für Kinder neu berechnet würden. Versprochen – gebrochen. Am 3.12.2010 beschloss der Bundestag das Gesetz ohne Erhöhung.

Leye · 2: Ich will Armut verhindern! Kann denn eine siebenfache Mutter lügen? Zu Tränen gerührt ob soviel Mitgefühl, erleben die Betroffenen das Gegenteil: Armut wird zementiert, indem die Ausgaben der armen unteren 15 % (535,33 €/Monat) als Maß gelten, wohl wissend, dass, wenn man Armut als Bezugsgröße nimmt, nur wieder Armut herauskommen kann!

Es sei denn, man will etwas drauflegen. Denkste! Nicht genug mit dem betrügerischen Zirkelschluss, unsere Ministerin für Gerechtigkeitssimulation

hat von diesen 535,33 Euro auch noch 173,52 Euro abgezogen, weil sie es selbstverständlich nicht verantworten kann, dass die Gedemütigten auf die Idee kommen, sich gemeinsam zu wehren: Wenn schon eine Einkommensklasse, dann auch eine Klasse von Wutbürgern – mit unabsehbaren Konsequenzen. Aufstand? Dann doch lieber: Teile und herrsche! Auch die Bundeswehr im Inneren, ach ja!

Deshalb gönnt sie den Minus-Armen nicht einmal ein Haustier (5,07 €/Monat), Bier und Zigaretten (19,27 €/Monat). Wo kämen wir denn auch hin, wenn sich diese Schmarotzer ab und zu



über ihren unverhofften Reichtum mit einem Bierchen hinweg trösten könnten? Abgründe der Prasserei täten sich da ja auf. Die soziale Lichtgestalt der CDU mag es knallhart gerecht: Hartz-Arme sollen noch ärmer sein, als jene, die für einen Armutsjob einen Hungerlohn erhalten, denn schließlich sind sie ja arbeitsfaul. Das nennt der eiskalte Engel der CDU auch „Lohnabstandsgebot“, im Klartext: Vom Lohn- zum Existenzminimumdumping. Die unteren 15% wurden nicht gefragt, ob ihr Einkommen überhaupt für ein menschenwürdiges Leben reicht!

Ist aber das Lohnabstandsgebot nicht doch gerechtfertigt? Grundsätzlich Ja. Denn wer arbeitet soll auch mehr bekommen!

Regierung organisiert Armut, Angst und Apathie - das Triple A der Sozialräuber

Damit sind wir beim Kern der Sache: Hartz IV ist das strategische Projekt der Herrschenden zur Erzeugung von Armut, Angst und Apathie zwecks Profitmaximierung. Mit dieser Erniedrigungs- und Lohnsenkungsmaschine, die ihren Namen sinnigerweise einem Ex-Spitzenmanager, Millionär und Kriminellen verdankt, wurde erst ein Niedriglohnsektor (13 Millionen Menschen) geschaffen, der dann seinerseits permanent auf die regulären Löhne drückt und zusätzlich auch reduzierend auf die Niedriglöhne selbst zurückwirkt. Eine sich selbstverstärkende Abwärtsspirale! Angst säen: Angst um den Arbeitsplatz, vor dem totalen Absturz in Hartz IV. Angst macht krank und bewirkt Zugeständnisse bei Lohn und Arbeitsbedingungen. Angst fressen Seele auf!

So wurden also im Ergebnis die Lohnabhängigen systematisch ärmer gemacht, um damit dann die Hartz-Armen zu drücken – welche ihrerseits auch noch durch die Androhung von Leistungskürzungen gezwungen werden, jeden Hungerlohn zu akzeptieren – womit diese wiederum die Niedriglöhner unter Druck

setzen. Das nennt man dann freie Wahl des Arbeitsplatzes!

Hartz IV ist zutiefst Demokratie- und Menschenfeindlich, zumal es diese Menschen auch noch ihrer Freizügigkeit beraubt (Abwesenheit vom Wohnort nur mit behördlicher Erlaubnis).

Um die Verlogenheit der regierenden Gerechtighkeitsrhetorik zu begreifen, muss man wissen, dass Lohndumping seit Jahrzehnten betrieben wird, damit deutsche Waren international immer wettbewerbsfähiger werden.

Im Ergebnis besitzen 66 % nichts, 10 % 7,728 (60%) und 1% 3,22 (25%) vom Gesamtvermögen von 12,88 Billionen Euro.

Allein seit 2000 wuchs das Einkommen der Kapitalisten um 35 %, dass der Lohnabhängigen sank um 4,5%.

Laut Statistischem Bundesamt stieg von 1998 bis 2009 der Anteil „atypischer Arbeit“ von 16,2 auf 24,8 %, der von Normalarbeitsverhältnissen sank von 72,6 auf nur noch 66 %.

Diese Arbeitsarmut haben CDU, CSU, FDP, SPD und GRÜNE durch jahrzehntelange Arbeit pro deutsches Lohndumpingparadies selbst herbeigeführt, um jetzt die arbeitenden gegen die nichtarbeitenden Armen auszuspielen!

Heute schreien die Täter: Wir wollen, aber können nicht. Die Kassen sind leer! Jene Kassen, die sie selbst geleert haben, um die Reichen noch reicher zu machen.

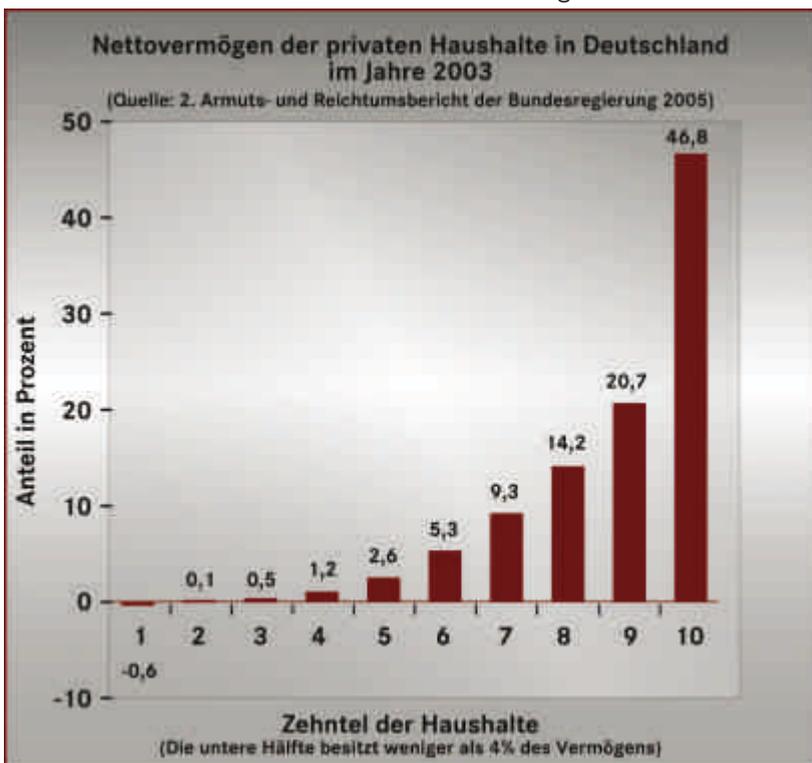
Eine perfide Täuschung, die durchaus auf fruchtbaren Boden fällt. Denn sie ist ja auf den ersten Blick sehr plausibel – wenn man die Zusammenhänge nicht kennt. Da ist es kein Zufall, dass im neuen Regelsatz für Bildung sage und schreiben 1,39 €/Monat vorgelesen ist.

**Lohnabstand nach oben!
Laut Bundesverfassungsgericht schreibt das Grundgesetz ein menschenwürdiges Existenzminimum für jede und jeden vor. Dieses darf nicht von Armutseinkommen (535 €) abgeleitet werden, da Armut menschenunwürdig ist.**

Mein Vorschlag:

1. Niedriglöhne über die Armutsschwelle (1.800 € brutto/Monat) durch einen allgemeinen gesetzlichen 11 €-Mindest-Bruttostundenlohn (1.890 €/Monat).
2. Hartz-Regelsatz nach Bedarf auf 594 € – jährlich angepasst an die Inflationsrate – entsprechend den Kosten einer vollwertigen Ernährung wie es die Charta der Vereinten Nationen als Menschenrecht vorschreibt.

Das wäre ein gerechter Abstand zwischen einem menschenwürdigen Existenzminimum und einem höheren Arbeitseinkommen!





100 Jahre Internationaler Frauentag 8. März 2011

Ungleichheit auf dem Arbeitsmarkt



Weiterhin kein Grund zum Feiern: Frauen noch immer Arbeitskraft zweiter Klasse, dramatischer Zuwachs prekärer Beschäftigung bei Frauen.

Auch 2011 wird Deutschland weit entfernt von einer gleichberechtigten Teilhabe und Emanzipation der Frauen im Erwerbsleben sein, das gilt auch im Vorfeld des Internationalen Frauentags am 8. März.

Zwar hebt die Bundesregierung positiv hervor: „Die Erwerbstätigkeit der Frauen nimmt seit Jahren kontinuierlich und stärker als die der Männer zu“. Aber betrachtet man die Arbeitsverhältnisse genauer, wird deutlich, dass dieser Zuwachs fast ausschließlich auf unsichere und schlecht bezahlte Jobs zurückgeht. Mag Frau von der Leyen auch noch soviel die Propagandatrommel schlagen. Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt führt trotz steigender Erwerbsquote zu einer rasanten Zunahme der prekären Beschäftigung zulasten von Vollzeit-

erklärung der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik der jetzigen und vorherigen Bundesregierungen. Die Frauen waren die ersten Opfer der Hartz IV-Gesetze, welche ausdrücklich darauf abzielten, den Niedriglohnsektor zu fördern. Dieser ist mehrheitlich weiblich besetzt. Die Bewertung der Bundesregierung fällt allerdings anders aus. Sie spricht davon, dass die „Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse“ die Beteiligung von Frauen vergrößert hätte, und kündigt an, am Ausbau der Mini- und Midijobs festzuhalten. Das ist zynisch gegenüber den Frauen, die zu unhaltbaren Zuständen arbeiten, teilweise mit Zweitjobs, weil das Geld nicht reicht.

Flexibilität gibt es nur für den Arbeitgeber. Auch bei den Männern greifen solche Arbeitsverhältnisse immer mehr um sich, weshalb es ein gemeinsames Interesse geben muss, dagegen vorzugehen. Hierzu sollte auch der Dialog mit den Gewerkschaften gesucht werden. Die neoliberale Politik der Bundesregierung steht weiterhin für eine große Verdienstlücke zwischen Frauen und Männern.

Große Verdienstlücke im europäischen Vergleich

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist alles andere als selbstverständlich. Vor allem sind noch immer Niedriglohnbranchen überproportional stark mit Frauen besetzt: In den zehn Branchen, in denen die meisten Frauen arbeiten, gibt es nur zwei, in denen der Stundenlohn durchschnittlich deutlich über 15€ liegt. In den männerdominierten Branchen sind es jedoch acht. Was die gleiche Bezahlung angeht, gehört Deutschland in der Europäischen Union zu den Schlusslichtern. Der durchschnittliche Stundenlohn der Frauen liegt in der EU 17 Prozent unter dem der Männer, in Deutschland jedoch 23 Prozent.

DIE LINKE fordert von der Bundesregierung verpflichtende Maßnahmen gegenüber der Wirtschaft. Allerdings spricht die Schwarz-Gelbe Regierung nur von Selbstverpflichtungen und Prüfaufträgen.

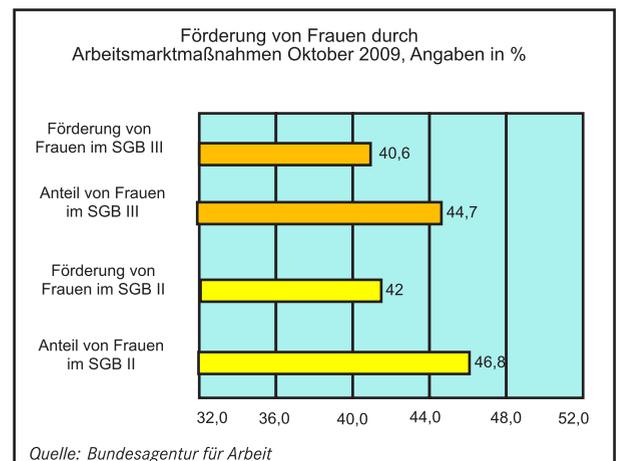
Das geht auf Kosten der Frauen. Der Niedriglohnsektor mit seinen vielen Minijobs gehört eingedämmt, mehr Vollzeitstellen müssen geschaffen werden.

Dazu ist auch ein stärkerer Ausbau der Kindertagesstätten nötig als von der Bundesregierung beabsichtigt. Andernfalls sind Frauen weiter gezwungen, nur Mini- oder Teilzeitjobs anzunehmen. Und wir brauchen endlich einen

gesetzlichen Mindestlohn. Das wäre der schnellste und einfachste Schritt, die Lage der berufstätigen Frauen zu verbessern.

Mindestlohn muss her

Millionen von Frauen würden von einem gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von 10€, wie ihn DIE LINKE fordert, profitieren. Laut Bundesregierung bezogen nach der letzten Verdienststrukturerhebung im Jahr 2006 – 27,2 Prozent aller Frauen einen Bruttostundenlohn von 9,85€ oder noch weniger. Benachteiligt werden die Frauen auch bei der Eingliederung in den Arbeitsmarkt:



Als Fazit dieser neoliberalen Politik bleibt

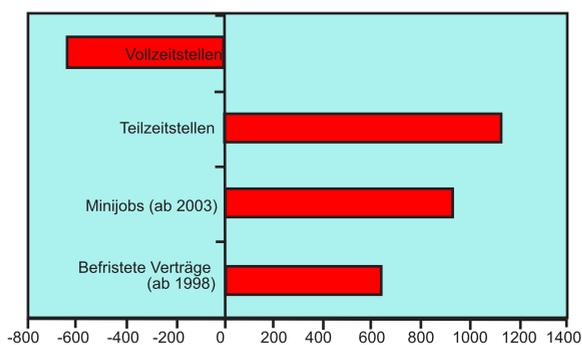
Das ist unverblühte Interessenpolitik für das Kapital. Wer den Daumen auf die Mindestsicherung hält, hat die Löhne im Visier. Schwarz-Gelb geht es offensichtlich nicht um die Würde des Menschen, sondern um billige Arbeitskräfte. Statt endlich eine menschenwürdige Teilhabe zu sichern, schwingt Frau von der Leyen laut knallend die Hungerpeitsche. Läge ihr tatsächlich das Wohl der Menschen mit niedrigem Einkommen am Herzen, gäbe es eine einfache Lösung: Lohn- und Regelsatzerhöhung! Der gesetzliche Mindestlohn muss Hand in Hand gehen mit einem wirklich menschenwürdigen Existenzminimum. DIE LINKE bleibt dabei: 10 EURO Mindestlohn und 500 EURO Regelsatz müssen sein!“

Wolfgang Brose,

Sachkundiger Bürger im Rat der Stadt Herzogenrath und Städteregionstag Aachen

Termine zu Veranstaltungen zum Frauentag auf www.wir-online.org

Situation beschäftigter Frauen - Änderung seit 1999 in Tsd.



stellen, siehe nachfolgendes Diagramm.

Sogar die Leiharbeit betrifft mit ihrer Ausdehnung auf den Dienstleistungssektor immer mehr Frauen. Die Zahl der Leiharbeiterinnen stieg von 63.488 im Jahr 1999 bis zum Krisenjahr 2008 auf 197.625 – also auf das Dreifache.

Es ist wenig verwunderlich, dass die erwerbstätigen Frauen, die so wenig verdienen, ihr Einkommen aufstocken müssen: seit Einführung von Hartz IV von 514.168 im Jahr 2005 auf 742.910 im Jahr 2009, und das weiterhin mit steigender Tendenz.

Aufstocker sind mehrheitlich weiblich: 2009 waren es 54,4 Prozent, obwohl deutlich weniger Frauen erwerbstätig sind als Männer. Für DIE LINKE sind diese Zahlen eine Bankrott-

Erfolgreich im Spagat: DIE LINKE in der Städteregion Aachen ist eine der stärksten in NRW

„Die Bürgerinnen und Bürger sind auf der Suche nach sozial gerechter Orientierung in einer komplexer und unübersichtlicher gewordenen Welt. Oft reichen auf ihre Fragen nicht mehr die herkömmlichen Antworten. Und schon gar nicht die Fragen, die nachträglich für längst formulierte Antworten oder Entscheidungen gesucht werden.“

Diese Worte sprach der damalige DGB-Regionsvorsitzende Heinz Kaulen zur Gründung des Kreisverbands der neuen Partei DIE LINKE in Stadt und Kreis Aachen im August 2007, erklärte aber auch: „Gerecht ist eine Gesellschaft, in der alle Zugang zu Arbeit und Bildung haben. Neu ist das nicht, sondern ein uraltes und immer noch wichtiges Postulat der Arbeiterbewegung.“ Im Interesse einer „Gerechtigkeitsoffensive“ wünschte er der neuen Partei viel Glück.

250 Menschen aus Stadt und Kreis Aachen traten in die neue Partei ein: etwa 160 Mitglieder der Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit, etwa 40 Mitglieder der PDS und rund 50 neu Hinzugekommene. Vor allen anderen Parteien hatte sich DIE LINKE damit als gemeinsamer Verband für die bevorstehende Städteregion gegründet, obwohl sie zugleich den geplanten Zusammenschluss von Stadt und Kreis skeptisch sah. Wenn bei Fusionen von Synergieeffekten die Rede ist, sollen damit meistens Stellenabbau und andere Kürzungen schöneredet werden.

Tatsächlich versucht DIE LINKE seither den Spagat, den Heinz Kaulen andeutete: Einerseits neue Antworten zu suchen für eine zukunftsfähige Gesellschaft, andererseits mit Bewusstsein für die Vergangenheit nicht zu vergessen, wofür die Arbeiterinnen- und Arbeiterbewegung immer gekämpft hat.

Neue Wege gehen bedeutet auch, die falschen Wege der Vergangenheit zu erkennen und nicht wieder zu gehen. DIE LINKE erteilt allen Ideen, eine bessere Gesellschaft mit undemokratischen Mitteln zu erzwingen, eine Absage. Sie

erteilt aber auch dem Irrweg der Sozialdemokratie eine Absage, für erhoffte minimale Verbesserungen am Bestehenden das Ziel der sozialen Gerechtigkeit, des solidarischen Zusammenlebens in Frieden und intakter Umwelt bis zur Unkenntlichkeit zu verleugnen und zu verraten. Und DIE LINKE kämpft gegen die Demontage des bereits erreichten: gegen den Abbau des Sozialstaates, der Mitbestimmung, gegen den Ausverkauf des demokratisch kontrollierbaren öffentlichen Eigentums an unkontrollierte Konzerne und gegen die Aushöhlung der Demokratie durch Überwachungsstaat und Umgehung der Parlamente durch die Regierungen.

Neue Wege gehen müssen wir aber auch, weil das bisherige Konzept, wie Parteien Politik gestalten, am Ende ist. Den alten großen Parteien laufen die Mitglieder davon. Die SPD hat es erstmals in ihrer Geschichte geschafft, die Mitgliederzahlen der CDU (sogar ohne CSU) zu unterbieten. Wozu eine FDP gut sein soll, wissen bestenfalls die von ihr willkürlich steuerbesenkten Branchen. Die Wahlbeteiligungen sind überall auf Rekordtief. Seit Jahren wurde das infamer Weise Politikverdrossenheit genannt. Im vergangenen Jahr war nun überdeutlich zu sehen, dass die Menschen hierzulande ganz im Gegenteil politisch äußerst interessiert und einsatzbereit sind. Mit den Protesten gegen Stuttgart 21 und gegen die fatale schwarze Atompolitik haben sie sich unübersehbar zu Wort gemeldet und dagegen protestiert, dass die etablierten Parteien ihre Politik an dem Menschen vorbei organisieren, selbst wenn die tausendste Umfrage bestätigt, dass die Menschen den Atomausstieg wollen, die Bahnprivatisierung ebenso ablehnen wie den Afghanistankrieg oder die Kopfpauschale im Gesundheitswesen.

Wenn wir Politik anders organisieren wollen, müssen wir damit auch vor Ort anfangen. Gerade dort, denn auch das Pflänzchen Demokratie kann schlecht von oben nach unten wachsen. Wir fangen in der Städteregion Aachen ganz am

Anfang an: Wir haben erstmal überhaupt einen Anlaufpunkt geschaffen. Unser Linkes Zentrum in der Aachener Augustastraße ist ein offener Treffpunkt, bei dem man einfach vorbeikommen kann, um mit anderen politisch interessierten Menschen darüber zu sprechen, was einem auf der Seele brennt, was man tun kann, und wie man sich gemeinsam helfen und bei Bedarf Aktionen entwickeln kann.

Wer dann regelmäßiger in einem Themenbereich mitarbeiten möchte, kann sich ganz unverbindlich einem unserer thematischen Arbeitskreise anschließen. Oder, wenn der Weg in die Aachener Innenstadt zu weit ist, zu den Treffen unserer Ortsverbände im ehemaligen Kreis Aachen kommen. Natürlich freuen wir uns über diejenigen, die dann sogar Mitglied unserer Partei werden wollen. Aber wichtig in der heutigen Zeit ist es, dass wir uns als Partei eben nicht abkapseln vom Geschehen um uns herum, dass es einen lebendigen Austausch gibt von Menschen, die auf unterschiedlichste Weise Politik machen, sei es mit uns in der Partei DIE LINKE, in einer Friedensinitiative, in ihrer Gewerkschaft, in einer Solidaritätsgruppe oder dem Bürgerprotest gegen irgendein irrsinniges Prestigeprojekt.

Dass wir damit nicht ganz auf dem falschen Weg sind, drückt sich vielleicht auch in unseren Mitgliederzahlen aus. Inzwischen sind über 400 Menschen aus Aachen, Alsdorf, Baesweiler, Eschweiler, Herzogenrath, Monschau, Roetgen, Simmerath, Stolberg und Würselen Mitglieder der Partei DIE LINKE und haben unseren Kreisverband zum zweitgrößten in Nordrhein-Westfalen gemacht. Ein Erfolg, auf dem wir uns aber nicht ausruhen wollen. Mitstreiterinnen und Mitstreiter für die Sache der sozialen Gerechtigkeit, des Friedens und der Demokratie (auch im Bereich der Wirtschaft) können wir nie genug haben!

Darius Dunker,
Kreissprecher Städteregion Aachen

Menschenkette gegen Krieg

Anlass für die geplante ‚Menschenkette gegen Krieg‘ am 19.02. von 19 bis 20 Uhr vor dem Eurogress in Aachen war für die ‚Würselener Initiative für den Frieden‘ die Meldung in den Aachener Nachrichten vom 11.11.2010, dass Minister zu Guttenberg den ‚Orden wider den tierischen Ernst‘ erhalten sollte. Daraufhin wurde in Abstimmung mit mehreren Unterstützern ein ‚Offener Brief‘ an den AKV formuliert und abgeschickt.

Hier ein Auszug aus diesem Brief:

„Wir sind empört, dass der AKV in dieser Session Minister zu Guttenberg den ‚Orden wider den tierischen Ernst‘ verleihen will. Wir halten es für unverantwortlich, dass der AKV in einer Zeit zunehmender Militarisierung der deutschen Politik einen Mann auszuzeichnen gedenkt, der auf der diesjährigen ‚Berliner Sicherheitskonferenz‘ am 9.11.2010 den Zusammenhang zwischen deutschen Wirtschaftsinteressen und Interventionen der Bundeswehr offen bestätigt hat. ... Spätestens seit dem damals noch kritisierten Äußerungen des Exbundespräsidenten Köhler zu Auslandseinsätzen

aus Wirtschaftsinteressen, die Guttenberg auf der ‚Berliner Sicherheitskonferenz‘ als „etwas Selbstverständliches“ bezeichnet hat, wissen wir, dass die Bundesregierung durchaus Bundeswehreinätze zur Wahrung von Wirtschaftsinteressen Deutschlands bejaht. Aber die breite Öffentlichkeit nimmt die gefährliche Tragweite dieser Politik nicht wahr. Es ist in unseren Augen unverantwortlich, dem Mann, der an prominenter Stelle militärische Interventionspolitik vorantreibt, durch die Ordensverleihung eine Bühne zu geben.“

Es war klar, dass diesem Protestbrief auch Taten folgen mussten. So wurde beschlossen, am 19.02., dem Tag der ‚Ordensverleihung‘, vor dem Eurogress ein sichtbares Zeichen des Protestes zu setzen. Der Plan hat inzwischen Unterstützung von vielen Gruppen und Einzelpersonen aus Aachen und der Region gefunden. Das Echo in Presse und Radio hat inzwischen die Protestaktion einer größeren Öffentlichkeit bekannt gemacht.

So steht jetzt ein großes Bündnis hinter dem Plan, am 19.02. von 19 bis 20 Uhr vor dem Eurogress eine ‚Menschenkette gegen Krieg‘ zu bilden. Als Geräuschkulisse wird an einen

dumpfen, monotonen Trommelschlag gedacht. Zeichen wie Kreuze, Wundverbände, Krücken werden an Kriegstote und -verwundete erinnern. An Transparenten wird u.a. das Plakat der ökumenischen Friedensdekade von 2010 ‚Es ist Krieg – entrüstet Euch‘ mehrfach gezeigt. Zudem werden die einzelnen Gruppen ihre Fahnen, Banner und Spruchbänder aufstellen. Es soll keinerlei Provokation stattfinden, da dies dem Ernst der Aktion nicht entsprechen würde. Die Gäste der AKV-Veranstaltung sollen nicht behindert werden. Doch gelingt es uns sicher, die Gäste und die Öffentlichkeit auf die Militarisierung der deutschen Politik aufmerksam zu machen.

Die Menschenkette soll am Eurogress beginnen, und, je nach Anzahl der TeilnehmerInnen, auf beiden Seiten des Weges bis zum Parkhaus reichen.

Macht mit, damit eine unübersehbare Menschenkette vor dem Eurogress steht!!!

Helene und Ansgar Klein
Sprecher der Würselener Initiative für den Frieden
www.friedensinitiative-wuerselen.de

FORMZ - ein Projekt im Jugendzentrum Carl-Sonnenschein-Haus in Aachen

Alles entstand aus der Idee heraus, eine Plattform zu schaffen, die auf hohem Niveau den urbanen Tanz im Kreise Aachens fördert. Die urbane Tanzkultur hat sich über die letzten Jahre zu einem Sprachrohr der kreativen Jugend entwickelt, die Jugendliche verschiedener Schichten zusammenbringt und ihnen Werte (Akzeptanz, Toleranz, Disziplin, Teamwork...) für ihr Leben vermittelt.

FORMZ ist eine Gruppierung, eine Bewegung, man kann vielleicht sogar sagen, eine Revolution in einer Gesellschaft, der es nach kreativer, kultureller Entfaltung düstert. Wir schauen nicht nach Nationalitäten, Alter oder Einkommen der Menschen, die hier mitwirken wollen. Für uns steht im Mittelpunkt die Entfaltung des eigenen Bewusstseins sowie die Förderung der Eigeninitiative und der tänzerischen Fähigkeiten der jungen Menschen.

Durch einen reichen Schatz an Erfahrungen und Know How, den wir vorzuweisen haben, bereiten wir den Jugendlichen ihren Weg und bieten ihnen dazu Mittel und Möglichkeiten an, dies auch selber zu realisieren.

Wir, das sind neben dem pädagogischen Personal der Einrichtung in erster Linie der "harte Kern" von 3 Tänzern, alle mit Wohnsitz in Aachen, weltweit anerkannt mit bekannten Namen in der urbanen Szene. Es handelt sich um Reagan, Pascal

und Fatma a.k.a. Reathm, P.Dee und Cleopatra. FORMZ im Ganzen besteht jedoch aus einer Gemeinschaft von kreativen und erfahrenen Köpfen, die sich entschlossen haben, etwas auf die Beine zu stellen, was in dieser Form in Aachen schon lange von Nöten ist. Im Rahmen des 1. FORMZ-Festivals am 11.12.2010 im Jakobshof in Aachen gab es mehrere Contests (Battles) mit verschiedenen Systemen sowie einen Show Contest mit einigen der besten nationalen und internationalen urbanen Tanzgruppen.

Im Anschluss an das FORMZ - Festival sind Workshops in Planung, die Interessierten die Möglichkeit geben sollen, sich entsprechend weiterzubilden. Diese Workshops werden ausschließlich von erfahrenen Tänzern aus der Szene angeboten, die ihre Lehrfähigkeiten bereits mehrfach unter Beweis gestellt haben.

In Zukunft sind darüber hinaus mehrere Projektschritte in Planung, welche jedoch der Förderung bedürfen, um alles im bestmöglichen Rahmen für und mit Jugendlichen realisieren zu können. Hier sind wir offen für Hilfe in jeglicher Form, sei es durch 'Manpower', materielle oder finanzielle Spenden.

FORMZ – it has just begun...

Georg

Stephanstr. 16-20 | 52064 Aachen
www.sankt-jakob-aachen.de/



Fortsetzung

100 Jahre Internationaler Frauentag



Heute ist der 8. März in Angola, Armenien, Aserbaidschan, Burkina Faso, Eritrea, Georgien, Guinea-Bissau, Kasachstan, Kambodscha, Kirgisistan, Laos, Madagaskar, Moldawien, in der Mongolei, in Nepal, Russland, Sambia, Serbien, Tadschikistan, Turkmenistan,

Uganda, in der Ukraine, in Usbekistan, Vietnam, Weißrussland und Zypern ein gesetzlicher Feiertag. In der VR China ist der Nachmittag für Frauen arbeitsfrei.

Von einer klassenbewussten Demonstration der Arbeiterinnen, Gewerkschafterinnen und Sozialistinnen hat sich der 8. März für alle Frauen weltweit geöffnet, die sich für Frieden, Gleichberechtigung und Entwicklung auf allen Ebenen vernetzen wollen.

1975 erklärten auch die Vereinten Nationen den 8. März zum Internationalen Frauentag. Seit 1980 wird der Internationale Frauentag auch im Europäischen Parlament gewürdigt, und ein Bericht zur Lage der Frau in der Europäischen Union vorgelegt.

Grundsätzlich ist die Lage der Frauen trotz alledem nicht viel besser geworden. Verhinderung von Kriegen und friedliche Konfliktlösungen können nur mit Geschlechtergerechtigkeit, Beteiligung von Frauen an allen politischen, wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftspolitischen Entscheidungen erreicht werden.

Die Vereinten Nationen legen für den UN-Tag 8. März jedes Jahr ein neues Motto fest, unter das sie ihre Veranstaltungen stellen. 2011 hat

das Motto „Gleicher Zugang zu Bildung, Ausbildung, Wissenschaft und Technik: Wege zu menschenwürdiger Arbeit“.

Der 8. März ist auch für uns in der Städteregion Aachen Anlass zu öffentlichem Nachdenken und Aktionen für dieses Ziel.

Laut Statistischem Bundesamt werden pro Jahr 96 Mrd. Stunden unbezahlter Arbeit erbracht – fast doppelt so viel wie bezahlte Arbeitsstunden (56 Mrd.), letztere überwiegend von Frauen. Erwerbsarbeit kann nicht allein als Quelle von gesellschaftlichem Reichtum gesehen werden. Das wirft die Frage auf, ob die ungleiche Bewertung bei der Arbeitsteilung in Produktions- und Reproduktionsarbeit („Marktökonomie“ versus „Sorgeökonomie“) der Realität angemessen ist. Der Internationale Frauentag ist auch Anlass, darauf Antworten zu finden mit denen wir im 21. Jahrhundert ankommen

Linda Boltz,

Sprecherin LISA in der Städteregion Aachen

LISA (Linke sozialistische Arbeitsgemeinschaft Frauen) ist die Frauenorganisation der LINKEN. LISA versteht sich als ein Teil der linken Frauenbewegung, ist Mitglied des Frauennetzwerkes Elfem (Europäische Linke Frauen) und setzt sich konsequent für feministische Positionen innerhalb und außerhalb der Partei ein. LISA setzt sich für Geschlechtergerechtigkeit ein, für eine emanzipatorische Gesellschaft, in der jede und jeder gleiche Möglichkeiten zur Findung und Realisierung selbstbestimmter Lebensentwürfe hat. Insbesondere wendet sich LISA gegen jede Form der Diskriminierung von Frauen.

Stress in der Schule? Stress mit den Kindern?

Jeweils am 1. und am 3. Mittwoch im Monat von 17.00 bis 19.00 Uhr gibt es eine Sprechstunde für Eltern mit Erziehungsfragen, SchülerInnen mit Schulproblemen und so weiter, im Linken Zentrum, angeboten von einer sehr erfahrenen Pädagogin.

Diese Sprechstunde ist - anders als viele andere Angebote - völlig unabhängig von Schulen, Ämtern und Behörden und auch nicht in kirchlicher Trägerschaft. Und natürlich ist sie kostenlos.

Adresse

DIE LINKE Städteregion Aachen

Augustastr. 69, 52070 Aachen
E-Mail: kontakt@dielinke-aachen.de
www.dielinke-aachen.de
Tel. 0241-9902531
Fax 0241-9905228

Linkes Zentrum

Augustastr. 69, 52070 Aachen
Tel. 0241-99063820
Öffnungszeiten
Mo 15 bis 17.30 Uhr / Di-Fr 17 bis 19 Uhr

Arbeitskreise

Arbeitskreis Umwelt, Verkehr, Stadtplanung

Linkes Zentrum
Treffen jeden Freitag ab 18.00 Uhr
www.dielinke-aachen.de/ak/umwelt

Arbeitskreis Soziales

Linkes Zentrum
Treffen jeden 2. und 4. Dienstag im Monat ab 19.00 Uhr
www.dielinke-aachen.de/ak/soziales

Arbeitskreis Betrieb und Gewerkschaft

Linkes Zentrum
Treffen jeden 4. Dienstag im Monat ab 18.00 Uhr
www.dielinke-aachen.de/ak/bug

Linksjugend [solid]

Aachen
Linkes Zentrum
Treffen jeden Dienstag ab 19.00 Uhr
http://linksjugendsolidaachen.blogspot.de/

Eschweiler

"Dilo" | Aachener Str. 119 | 52249 Eschweiler
Treffen jeden Samstag ab 18.00 Uhr
www.dielinke-eschweiler.de/ov/linksjugend

Adressen

Fraktion DIE LINKE im Städteregionstag

Haus der Städteregion: 1. OG, Raum E 178,
Tel.: 0241 / 5198 3305

Zollernstraße 10 | 52070 Aachen
eMail: dielinke-fraktion@staedteregion-aachen.de
www.dielinke-staedteregionstag.de

Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Aachen

Habsburgerallee 11-13 | 52064 Aachen
3.OG, Raum 369, Tel.: 0241 / 432 7244
eMail: fraktion.dielinke@mail.aachen.de
www.fraktion-dielinke-aachen.de

Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Herzogenrath

Rathausplatz 1, 1.OG, Raum 105, Tel.: 02406 / 83121
eMail: fraktion@linke-herzogenrath.de
www.dielinke-herzogenrath.de

Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Stolberg

Villa Lynen | Rathausstr. 44 | 52222 Stolberg
1.OG, Raum 104 / 105, Tel.: 02402 / 76683-20
eMail: dielinke.fraktion@stolberg.de
www.dielinke-stolberg.de
Bürgersprechstunde jeden Donnerstag 15:00 bis 17:30 Uhr
Fraktionssitzungen (14tägig) montags ab 19:00 Uhr

DIE LINKE im Rat der Stadt Alsdorf

Hardmut Knippschild
Rathaus Hubertusstr. | 52477 Alsdorf
eMail: Alsdorf.Linke@alsdorf.de
www.dielinke-alsdorf.de | Tel.: 0160/5518854

DIE LINKE im Rat der Stadt Eschweiler

Albert Borchardt
Johannes-Rau-Platz 1 | 52249 Eschweiler
eMail: albertborchardt@dielinke-eschweiler.de
www.dielinke-eschweiler.de | Tel: 0179/648 3205
Bürgersprechstunde und Sozialsprechstunde
jeden 3. Montag im Monat
jeweils 15:30 - 19 Uhr | Rathaus, Raum 14

DIE LINKE im Rat der Stadt Monschau

Erika Krebs
Bürgerforum 21 / DIE LINKE
Laufenstrasse 84 | 52156 Monschau
Raum 503 | Tel.: 02472 / 81266
erika.krebs@dielinke-aachen.de
www.dielinke-nordeifel.de

Wahlkreisbüro Andrej Hunko, MdB

AugustasträÙe 69 | 52070 Aachen
Telefon 0241/990 6825-0 | Telefax 0241/990 6825-1
eMail: andrej.hunko@wk.bundestag.de
www.andrej-hunko.de
Sprechzeiten:
Montags 11 bis 13 Uhr, Donnerstags 17 bis 19 Uhr
und nach Vereinbarung

Erwerbslosenberatung gibt es u.a. an folgenden Stellen:

Beratungsstelle Aachen - Berufsverband d. KAB Diözese Aachen e.V.

Beratungsstelle, Ämterbegleitung | Nordrhein-Westfalen
St.-Josefs-Platz 1 52068 Aachen
Telefon: 0241 51 000 755 | Fax: 0241 51 000 848
kab-beratungsstelle@web.de | http://kab-aachen-eifel.de/

KAB Bezirksverband Aachen Stadt/Eifel / Andris Gulbins

Beratungsstelle, Erwerbslosen- oder Sozialhilfeinitiative,
Ämterbegleitung | Nordrhein-Westfalen
KAB Bezirksverband Aachen Stadt/Eifel / Andris Gulbins
Martinstr. 6 | 52062 Aachen
Telefon: 0241 4001860 | Fax: 0241 4001864
hartz4-gruppe-kab@gmx.de | http://kab-aachen-eifel.de

Sozialsprechstunde Bundestagesbüro Andrej Hunko

Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat ab 17.00
Wahlkreisbüro Andrej Hunko

Interessante Veranstaltungen und Vorträge zu diversen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Themen bietet die Evangelische Stadtkademie Aachen:

Evangelische Stadtkademie Aachen

Haus der Evangelischen Kirche
Frère-Roger-StraÙe 8-10 (früher: Michaelstraße)
52062 Aachen | Telefon: 0241/453-162
email: info@stadtkademie-aachen.de



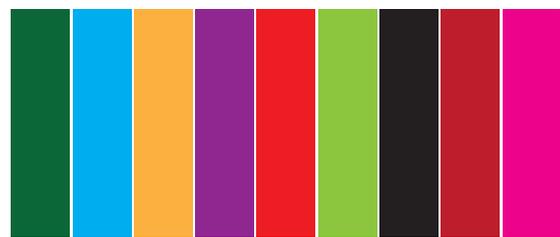
Rosenmontag in Aachen - WIR sind dabei.

Ein loser Zusammenschluss von Menschen aus der StädteRegion Aachen beteiligt sich am Rosenmontagszug neben Frohsinn mit aktueller Narretei der Politik.

www.karnevalinx.de/



STOLBERG APRIL 2011



DEN NAZIAUFMARSCH GEMEINSAM BLOCKIEREN



AKTUELLE INFORMATIONEN AUF:

WWW.BLOCKIEREN.MOBI

Quiz:

Frage 1: Soll mindestens 10€ betragen.

Frage 2: Wird voraussichtlich im April 2011 in der Städteregion eingeführt.

Frage 3: Könnte Streitfälle im SGB II schlichten

Frage 4: Bundestagsabgeordneter aus Aachen (Nachname)

Frage 5: Deutsche Sozialistin und Frauenrechtlerin (Nachname)

Die Lösungswörter kann man durch Lektüre der WIR erfahren, die rot umrandeten Buchstaben ergeben das Lösungswort. Als Gewinn winkt ein attraktives Sachbuch. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen, Mitglieder der Redaktion und deren Angehörigen dürfen an dem Rätsel nicht teilnehmen.
Einsendeschluß: 31. März 2011

Antwort an:

Fraktion DIE LINKE im Städteregionstag
Haus der Städteregion
Zollernstraße 10 | 52070 Aachen
oder
wir-redaktion@dielinke-aachen.de

WIR



Bestellschein:

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Fraktion DIE LINKE. im Städteregionstag erhalten.
Bitte schicken Sie "WIR in der Städteregion" kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

Name, Vorname

Postleitzahl, Ort, Straße

Bestellungen auch telefonisch möglich unter: 0241 / 5198 3305

Impressum:

WIR in der Städteregion

Zeitung der Fraktionen DIE LINKE in der Städteregion Aachen

e-mail:

wir-redaktion@dielinke-aachen.de
wir-leserbriefe@dielinke-aachen.de

Redaktion

Harald Siepmann (zugleich v.i.S.d.P.),
Robert Boltz, Albert Borchardt,
Marika Jungblut, Dirk Makowski

Layout

Andreas Becker, Albert Borchardt

Fotos:

www.pixelio.de, wikimedia commons,
Archiv Linksfraktion, Archiv KV Städte-
region Aachen

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Druck

Brimberg, Aachen

Auflage

25.000

Dank an alle, die das Erscheinen dieser Ausgabe möglich gemacht haben, und Dank auch an alle, die sie in die Welt hinaus tragen.

Ihr seid toll.

Nächste Ausgabe:

Redaktionsschluss 20. März 2011
Ausgabe 18. April 2011